

## Medienmitteilung UBS-Massnahmen greifen

Thema	Vorsichtiger Optimismus ist angesagt
Für Rückfragen	Martin Bäumle, Tel 079 358 14 85
Absender	Grünliberale Partei Schweiz, Postfach 367, 3000 Bern 7 Tel +41 31 323 05 30, eMail <a href="mailto:schweiz@grunliberale.ch">schweiz@grunliberale.ch</a> , <a href="http://www.grunliberale.ch">www.grunliberale.ch</a>
Datum	10. Februar 2009

### Grünliberale sehen sich bestätigt mit ihrer Haltung zum UBS-Paket

Die Grünliberalen stellen fest, dass die UBS an ihrer heutigen Medienkonferenz wesentliche Punkte klargestellt hat. Die Grünliberalen bedauern sehr, dass die UBS diese Sachkommunikation nicht früher und umfassender vorgenommen hat. Wäre die UBS – Führung gleich nach dem Durchsickern von Informationen vor zwei Wochen an die Öffentlichkeit getreten, hätten unnötige Spekulationen verhindert werden können. Die besonnenen Massnahmen des Bundes haben offenbar ihre Wirkung nicht verfehlt und man kann darauf hoffen, dass damit auch der Finanzplatz Schweiz längerfristig stabilisiert werden kann.

Wichtig bleibt für die Grünliberalen, dass die UBS weiter das Vertrauen erhöht durch Bescheidenheit, Anstand und Leistung. Dazu erwarten die Grünliberalen von der UBS weiterhin Zurückhaltung bei Lohn- und Bonuszahlungen an die oberen Kader und die Umsetzung neuer Anreizstrukturen mit Bonus- und Maluskomponenten.

Im Rahmen des Aktienrechtes ist eine Stärkung der Aktionäre vorzunehmen und für börsennotierte Unternehmen sind klare Vorgaben zu machen, z.B. bezüglich Eigenkapitalreserven. Zudem erwarten die Grünliberalen vom Bundesrat Massnahmen zur Reduktion von Klumpenrisiken für die Schweiz.

Die Grünliberalen verurteilen den billigen Populismus der SVP. Nachdem die SVP jahrelang jegliche Massnahmen zu mehr Transparenz oder minimale Vorgaben gegen exorbitante Löhne bekämpft hat, überholt sie heute die SP links und fordert einen enormen staatlichen Eingriff in global tätige Unternehmungen.

Trotz des schlechten Jahresergebnisses steht die UBS im internationalen Vergleich gut da und die Massnahmen der Bank, der FINMA und des Bundes haben ihre Ziele erreicht. Der Staat hat bisher noch keinen Franken an Steuergeldern verloren. Die Grünliberalen nehmen auch mit Genugtuung zur Kenntnis, dass die UBS lediglich rund 40 statt 60 Milliarden an illiquiden Papieren in die Nationalbank (SNB) ausgelagert und damit das Risiko für die SNB etwas reduziert hat. Unerfreulich bleibt der leider erwartete Verlust der Grossbank, da dies auch über reduzierte Löhne markante Auswirkungen auf die Steuererträge des Bundes, der Kantone und der Gemeinden der Folgejahre haben wird. Für die Grünliberalen zeichnet sich ab, dass die Massnahmen zur Stützung des Finanzplatzes ihre Wirkung nicht verfehlt haben.

### **Zu den Bonizahlungen**

Die Grünliberalen haben Verständnis für den Unmut über sogenannte Bonizahlungen bei der UBS, welche aber differenziert zu beurteilen sind. In den letzten Jahren haben sich Lohnexzesse in Banken und anderen Unternehmungen ereignet, denen möglichst international und durch die Aktionäre ein Riegel zu schieben ist. Dies gilt unabhängig vom Geschäftsgang eines Unternehmens: Löhne bis 20 oder sogar bis 60 Mio. pro Jahr für einen Angestellten ohne Unternehmerrisiko – egal ob er Ospel oder Vasella heisst – sind schlicht unanständig und nicht mehr durch Leistung zu begründen. Solche unverhältnismässige Löhne schaden dem gesellschaftlichen Zusammenhalt. Hier müssen die Unternehmen, die Aktionäre und damit auch die Pensionskassen als Anleger handeln und klare Leitplanken setzen, sonst muss der Staat intervenieren und für Anstand und Mass sorgen.

Die glp nimmt mit Genugtuung zur Kenntnis, dass die UBS den obersten Kader keine Boni auszahlt und neue Vergütungsmodelle erarbeitet hat. Die Grünliberalen stehen zu flexiblen Lohnsystemen. Gerade dieses System hat es der UBS erlaubt, für 2008 die Lohnsumme um 36 % oder rund 9 Milliarden Franken zu senken und dies ohne markanten Stellenabbau in der Schweiz. Damit konnte die Bank flexibel auf die Konjunktur reagieren ohne die Arbeitslosenkasse stark zu belasten. Im Gegenzug ist es aber vertretbar, dass auch in einem schlechten Jahr, vor allem in unteren und mittleren Lohnstufen der flexible Lohnanteil nicht ganz gestrichen wird. So kann einerseits die individuelle Leistung belohnt werden. Andererseits sind profitable Geschäftsfelder weniger betroffen als die für die Misere verantwortlichen Bereiche im Investmentbanking. Die realen Kürzungen der flexiblen Lohnanteile mit 58 % in der profitablen Vermögensverwaltung Schweiz und bis zu 95 % im Investmentbanking sind angesichts des Geschäftsabschlusses richtig, auch wenn sie klar markanter als bei anderen wesentlich schlechter kapitalisierten Banken sind. Die UBS geht hier europaweit mit gutem Beispiel voran.

### **Zum Vorschlag der SVP**

Die Grünliberalen verurteilen zudem den billigen Populismus der SVP. Nachdem die SVP jahrelange jegliche Massnahmen zu mehr Transparenz oder minimale Vorgaben gegen exorbitante Löhne bekämpft hat, überholt sie heute die SP links und fordert einen enormen staatlichen Eingriff in global tätige Unternehmungen. Die SVP trägt mit ihrer bisherigen Politik und dem blinden Glauben an den Casinokapitalismus eine markante Mitverantwortung an der ganzen Misere und trug mit ihren Beziehungen und dem „System Blocher“ wesentlich zum „System Ospel“ bei. Statt wirksame, aber mit einer liberalen Wirtschaftsordnung verträgliche Leitplanken im Aktienrecht macht die SVP nun auf billigen Populismus, um die eigene Klientel ruhig zu stellen und um von den eigenen Fehlern in der Vergangenheit abzulenken.

Die Grünliberalen werden im Rahmen des Aktienrechtes und mit Vorstössen klare Leitplanken fordern, damit die Aktionäre börsenkotierter Gesellschaften die Kompetenz für die Genehmigung sowohl der Entschädigungssysteme als auch der Löhne der obersten Kader (VR und GL) in den Statuten verankern können. Zudem muss sichergestellt werden, dass Kleinaktionäre ihre Interessen besser wahrnehmen können und institutionelle Anleger die Interessen der Destinatäre nachhaltig wahrnehmen.

Ein zentrales Anliegen der Grünliberalen ist die Reduktion des Klumpenrisikos. Die Grünliberalen erwarten vom Bundesrat Vorschläge und Massnahmen für eine Reduktion von Klumpenrisiken durch geeignete Massnahmen und dies nicht nur im Finanzsektor. Dazu könnten z.B. eine Trennung von Geschäftsfeldern ebenso gehören, wie Massnahmen zur Reduktion oder Vermeidung systemischer Risiken.